



www.laender-analysen.de/ukraine

DIE HIV- UND MASERNEPIDEMIEN IN DER UKRAINE COVID-19

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
HIV in der Ukraine: Im Schatten des Krieges wächst die Epidemie	2
Von Ulla Pape, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin	
■ STATISTIK	
Jährliche HIV-Infektionen	6
■ ANALYSE	
Die geschwächte Immunität des Staates:	
Die Masernepidemie in der Ukraine	7
Von Krzysztof Nieczytor, Zentrum für Osteuropastudien (Warschau)	
■ STATISTIK	
Masern in der Ukraine	11
■ UMFRAGEN	
Meinungen zum ukrainischen Gesundheitssystem	12
■ STATISTIK	
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine	14
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 8. – 22. Juni 2020	17
■ CHRONIK	
8. – 22. Juni 2020	18

На дачу – in die Sommerpause

Die Ukraine-Analysen machen wie üblich im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Ukraine-Analysen 238 – erscheint voraussichtlich am 8. September 2020 und wird von Dr. Fabian Burkhardt vom Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg verantwortet, der ab Juli unser Redaktionsteam verstärkt – wir freuen uns auf die Zusammenarbeit! In der zweiten Jahreshälfte sind Analysen u. a. zum Justizsystem, zu den Kommunalwahlen im Oktober 2020, zu sozialer Ungleichheit und zur Bodenmarktreform geplant. Auch die weitere Entwicklung der Coronavirus-Pandemie samt ihrer wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Folgen in der Ukraine wird uns sicherlich weiterhin beschäftigen.

Vorerst wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer – und bleiben Sie gesund!

*Die Redaktion der Ukraine-Analysen
Dr. Eduard Klein, Matthias Neumann*

ANALYSE

HIV in der Ukraine: Im Schatten des Krieges wächst die Epidemie

Von Ulla Pape, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin

DOI: 10.31205/UA.237.01

Zusammenfassung

Warum verbreiten sich Epidemien in einigen Ländern stärker als in anderen? Welche sozialen und politischen Faktoren wirken sich auf ihre Verbreitung aus? Die HIV-Epidemie in der Ukraine ermöglicht einen Einblick in die Wechselwirkungen von HIV zwischen Politik, sozialer Entwicklung und Gesundheit. Nach Russland ist die Ukraine das am stärksten betroffene Land in Europa. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt leben rund 240.000 Ukrainer mit HIV, was ungefähr 1,1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung entspricht. Zwischen 2010 und 2018 stiegen die jährlichen Neuinfektionen in der Ukraine nach Angaben von UNAIDS von 9.500 auf 12.000. Das Land befindet sich damit am Anfang einer generalisierten HIV-Epidemie, d. h. es sind nicht nur Risikogruppen betroffen, sondern die Epidemie ist mit einer Prävalenz von mehr als einem Prozent in der Allgemeinbevölkerung verankert. Dieser Beitrag untersucht die Gründe für diese Entwicklung und beleuchtet die wichtigsten Faktoren, die für die Verbreitung von HIV in der Ukraine verantwortlich sind. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Verbindung zwischen Drogenkonsum und HIV sowie den Auswirkungen des Ukrainekonflikts und der daraus resultierenden Binnenflucht.

Wie lassen sich Epidemien verstehen?

Um die HIV-Epidemie in der Ukraine zu verstehen, muss man diese im Kontext der wechselvollen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen seit dem Ende der Sowjetunion betrachten. Dass die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die Epidemie haben, erscheint einleuchtend. Aber woran genau lässt sich dieser Einfluss festmachen? Welche Faktoren müssen berücksichtigt werden? Tony Barnett und Alan Whiteside (2002) stellen in ihrem Buch *Aids in the 21st Century* ein Modell vor, mit dem die

sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen und Auswirkungen von HIV-Epidemien international vergleichend untersucht werden können. Die Begriffe Risikoumfeld und Vulnerabilität spielen dabei eine zentrale Rolle. Mit Risikoumfeld werden alle Faktoren des sozialen Umfelds bezeichnet, welche die Übertragung von HIV begünstigen. Vulnerabilität (oder Anfälligkeit) hingegen umfasst alle sozialen Auswirkungen einer Epidemie. Entscheidend ist, dass sich Risiko und Vulnerabilität auf verschiedenen Ebenen – der individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Ebene – manifes-

tieren. Von der Epidemie betroffene Menschen können beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, gesellschaftliche Marginalisierung und Stigmatisierung erfahren. Auf gesellschaftlicher Ebene können Armut und soziale Ungleichheit die Verbreitung des Virus fördern und die Fähigkeit einer Gesellschaft beeinträchtigen, auf eine Epidemie zu reagieren. Um das Risikoumfeld in einer Gesellschaft ermessen zu können, müssen also alle Faktoren – vom individuellen Verhalten, sozialen Umfeld bis zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – betrachtet werden.

Risikoumfeld Ukraine: Die Folgen der Transformation

Aufgrund der langen Inkubationszeit – bis zum Auftreten der ersten Symptome können mehrere Jahre vergehen – entwickeln sich HIV-Epidemien über einen sehr langen Zeitraum. Um das Risikoumfeld von HIV in der Ukraine zu verstehen, muss man also einen Blick zurückwerfen. Bis zur Mitte der 1990er Jahre waren HIV-Infektionen eine Randerscheinung in der Ukraine. Die geopolitische Isolation der Sowjetunion führte dazu, dass die Epidemie später Fuß fasste als in anderen Regionen der Welt. Der erste Fall in der Sowjetunion wurde erst 1987 festgestellt, zu einem Zeitpunkt also, als die Epidemie in vielen anderen Ländern bereits weit fortgeschritten war. Die post-sowjetischen Länder konnten diesen Zeitvorsprung jedoch nicht für sich nutzen. Ab dem Ende der 1990er Jahre stieg die Epidemie in der gesamten Region rasant an. Die schnelle Verbreitung von HIV in den Anfangsjahren ging vor allem auf intravenösen Drogenkonsum zurück. Der transnationale Handel mit Opiaten ließ neue Märkte entlang der Handelsrouten zwischen Zentralasien und Westeuropa entstehen. Aufgrund der hohen Übertragungswahrscheinlichkeit bei gemeinsamen Gebrauch von Spritzen konnte sich das Virus schnell in den lokalen Netzwerken von Drogennutzern verbreiten. Die allgemeine Verfügbarkeit von billigen Drogen, das weitgehende Fehlen von verlässlichen Informationen und der Mangel an Präventions- und Behandlungsprogrammen führten dazu, dass immer mehr junge Menschen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion Drogen konsumierten und somit einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt waren.

Neben Russland ist die Ukraine am stärksten von der Verbindung zwischen Drogenkonsum und HIV betroffen. Nach Schätzungen von UNAIDS gab es 2017 in der Ukraine 346,000 intravenöse Drogennutzer. In den ersten Jahren war die HIV-Epidemie in der Ukraine wie die überwiegende Mehrheit der Drogennutzer vor allem jung und männlich. Ab Ende der 2000er Jahre trat parallel zur Epidemie unter Drogennutzern eine vermehrte Verbreitung von HIV durch Sexualkontakte auf. Zum heutigen Zeitpunkt werden etwa 75 Prozent

der Neuinfektionen auf sexuelle Übertragung zurückgeführt. Mit dieser Entwicklung ging auch eine Feminisierung der Epidemie in der Ukraine einher, wobei der Anteil von Frauen mit 35 Prozent der Betroffenen jedoch noch immer vergleichsweise niedrig ist. Insgesamt wird die HIV-Epidemie in der Ukraine zum heutigen Zeitpunkt als eine gemischte Epidemie bezeichnet. Neben der weiterhin bestehenden Verbreitung innerhalb der Hauptrisikogruppen gibt es eine sich langsamer ausbreitende Epidemie innerhalb der Allgemeinbevölkerung, die auf sexueller Übertragung beruht. Etwa ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Ukraine ist HIV-positiv. Die Infektionsraten innerhalb der Hauptrisikogruppen liegen jedoch deutlich höher. Zu diesen gehören neben intravenösen Drogennutzern und ihren Sexualpartnern, SexarbeiterInnen, Gefängnisinsassen sowie schwule und andere Männer, die Sex mit Männern haben.

Das Risikoumfeld in der Ukraine ist eng mit der wirtschaftlichen und politischen Transformation nach dem Ende der Sowjetunion verbunden. Durch die wirtschaftlichen Krisen, sozialen Umbrüche und die fortbestehende Unsicherheit stieg die allgemeine Vulnerabilität für die Verbreitung von HIV in der ukrainischen Gesellschaft. Die Bevölkerung war schlecht auf das Auftreten neuer sozialer Probleme, wie zum Beispiel Drogen und Prostitution, vorbereitet. Die gesellschaftlichen Veränderungen begünstigten zudem das Auftreten von Risikoverhalten. Darüber hinaus gingen die Kapazitäten des ukrainischen Gesundheitssystems seit den 1990er Jahren stark zurück. Es fehlte an finanziellen Mitteln, Ausstattung und Know-How zur Durchführung von Behandlungs- und Präventionsprogrammen. Das schlecht ausgestattete Gesundheitssystem konnte der entstehenden Epidemie somit nur wenig entgegenzusetzen. Aufgrund der zahlreichen politischen Umbrüche gab es wenig politische Unterstützung für eine konsequente HIV- und Aids-Politik in der Ukraine. Die Durchführung von Präventionsprogrammen innerhalb der Hauptrisikogruppen wurde in den Anfangsjahren der Epidemie nur durch den Einsatz zivilgesellschaftlicher Organisationen und die finanzielle Unterstützung ausländischer Geldgeber ermöglicht. Staatliche Institutionen nahmen sich dem Thema nur langsam an. Zivilgesellschaftliche Organisationen mussten daher einspringen, um die Aufgaben des Staates zu übernehmen. Den Organisationen fehlte es jedoch vielfach an finanziellen Mitteln und Ausstattung, um Programme im notwendigen Umfang durchzuführen. Die staatliche Vernachlässigung der Epidemie, besonders in der Anfangsphase, hängt aber auch mit der weit verbreiteten Stigmatisierung und Tabuisierung von HIV und Aids in der Ukraine zusammen. Da die Epidemie als Problem von sozialen Randgruppen wahrgenommen wurde, gab

es innerhalb der Bevölkerung und der politischen Elite wenig Bereitschaft, sich mit dem Problemfeld auseinander zu setzen. Aids-Organisationen hatten daher wenig Möglichkeiten, politische Unterstützung zu finden.

Russland und Ukraine – viele Gemeinsamkeiten und einige entscheidende Unterschiede

Die Ukraine und Russland weisen in der Entstehung der HIV-Epidemien viele Gemeinsamkeiten auf. Das Risikoumfeld ist in beiden Ländern – vom Ursprung her – ähnlich gelagert. In den vergangenen zwanzig Jahren lassen sich jedoch entscheidende Unterschiede im politischen Umgang mit der Infektionskrankheit feststellen. Während Russland sich in seiner Aids-Politik immer stärker von den Empfehlungen internationaler Gesundheitsorganisationen, wie der WHO und UNAIDS, abwendet, verfolgt die Ukraine einen wesentlich offeneren, auf die Übertragung internationaler Erfahrungen ausgerichteten Kurs. Im Gegensatz zu Russland hat die Ukraine seit Beginn der 2000er Jahre auf die Einführung von Präventionsprogrammen für Risikogruppen gesetzt. 2002 weitete die ukrainische Regierung ihre Unterstützung für sogenannte Schadensminderungsprogramme (u. a. Spritzenaustausch) aus, um der Verbreitung von HIV unter intravenösen Drogennutzern entgegen zu wirken. 2004 folgte die Legalisierung der Substitutionstherapie, die ebenfalls als wichtige Präventionsmaßnahme gilt. Beide Entscheidungen stellten wichtige politische Weichenstellungen für die kommenden Jahre dar. Die Prävention innerhalb der Risikogruppen konnte auf diese Weise entscheidend ausgeweitet werden. 2010 führte die ukrainische Regierung ein Gesetz zum stärkeren Menschenrechtsschutz für Menschen mit HIV ein, welches unter anderem das Recht auf einen Zugang zu Schadensminderungsprogrammen beinhaltet. Darüber hinaus ermöglichten die gesetzlichen Veränderungen zivilgesellschaftlichen Organisationen, gesundheitliche und soziale Dienstleistungen im Auftrage des Staates auszuführen, was die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft stärkte.

Diese politischen Entscheidungen hatten einen entscheidenden Einfluss auf das Risikoumfeld in der Ukraine und führten zu einer Stabilisierung der Epidemie in der Ukraine. Durch die aktive Unterstützung von Präventionsprogrammen für Risikogruppen konnte die Ukraine Fortschritte in der Eindämmung der HIV-Epidemie erzielen. Eine Studie aus dem Jahr 2014 zeigte, dass sich die Verbreitung von HIV in der Ukraine zwischen 2005 und 2012 verlangsamte: Seit 2005 stieg die Zahl der Neuinfektionen in der Ukraine immer langsamer und 2012 war das erste Jahr, in dem die Gesamtzahl der Infektionen niedriger war als im Vorjahr. Im Jahr 2013 gab es landesweit 1.606 Nadel- und Sprit-

zenaustauschpunkte in der Ukraine, was eine entscheidende Ausweitung des Präventionsangebots bedeutete.

Einen wesentlichen Anteil an der Fortschritten in der Bekämpfung von HIV in der Ukraine hatte die Zivilgesellschaft. Seit den 1990er Jahren spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle in der Prävention und Behandlung. Besonders hervorzuheben sind die ukrainische NGO »Alliance for Public Health« sowie die »ANTI AIDS«-Stiftung von Elena Pintschuk, der Tochter von Ex-Präsident Leonid Kutschma und Ehefrau des Oligarchen Wiktor Pintschuk. Trotz der Erfolge in der Prävention gab es jedoch weiterhin strukturelle Hindernisse, welche die ukrainische HIV- und Aidspolitik beeinflussten. Mehrere Studien wiesen auf die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Gesundheitssystem sowie auf Polizeigewalt gegenüber Drogenabhängigen hin. Die schlechte finanzielle Ausstattung des ukrainischen Gesundheitswesens bedeutete zudem, dass das Land stark die finanzielle Unterstützung internationaler Organisationen, wie z. B. USAID oder den Globalen Fonds für HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria (GFTAM) angewiesen ist.

Folgen des Donbas-Konflikts für die Epidemie

Bis 2013 zeichnete sich also eine langsame Stabilisierung der HIV-Epidemie in der Ukraine ab. Mit dem Beginn des militärischen Konfliktes im Osten der Ukraine im Jahr 2014 stiegen die Infektionszahlen jedoch erneut an (siehe Grafik 1 auf S. 6). Der Krieg wirkte sich somit negativ auf das Risikoumfeld für HIV in der Ukraine aus. Drei Faktoren spielten dabei eine wichtige Rolle. Zum einen brachen die öffentlichen Finanzen mit dem Beginn des militärischen Konflikts zusammen. Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine sank und die Landeswährung verlor deutlich an Wert, während gleichzeitig die Inflationsrate stark anstieg. Durch weitverbreitete Korruption im Gesundheitswesen während der Regierungszeit von Janukowytsch waren zudem öffentliche Gelder im großen Maßstab veruntreut worden, was den finanziellen Handlungsspielraum der neuen Regierung nach der Revolution der Würde stark einschränkte. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums führte der Krieg zu empfindlichen Kürzungen in der Finanzierung von sozialpolitischen Programmen, darunter auch in der HIV- und Aidspolitik.

Zweitens wurden wichtige Präventions- und Behandlungsprogramme in den Konfliktgebieten im Osten der Ukraine unterbrochen, was zu einem Anstieg der regionalen Neuinfektionen führte. Nach Schätzungen des Gesundheitsministeriums traten 2014 etwa 24 Prozent aller Infektionen in den Konfliktgebieten auf. In einigen Bezirken innerhalb der Konfliktgebiete stiegen die Neuinfektionen von 15 auf 54 Prozent. Da der Krieg

besonders in den Landesteilen stattfand, die bereits zuvor stärker von HIV betroffen waren, befanden sich zweitweise bis zu 40 Prozent aller Menschen mit HIV in Gebieten, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung standen. Dies führte zu erheblichen Unterbrechungen in der antiretroviralen Behandlung, die für Menschen mit HIV lebensnotwendig ist. Viele Betroffene erhielten keine Medikamente und flohen daher in andere Landesteile der Ukraine, was dort den Bedarf an medizinischer Versorgung erhöhte. In den Konfliktgebieten mussten zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen fortsetzen. Viele Betroffene hatten jedoch zumindest zeitweise keinen Zugang zur antiretroviralen Behandlung. Mediziner befürchteten dadurch einen Anstieg von resistenten Viren, die nicht mehr mit gängigen Medikamenten behandelt werden können.

Neben den Behandlungsunterbrechungen in den Konfliktgebieten trug die hohe Anzahl der Binnenflüchtlinge zur Verbreitung von HIV in der Ukraine bei. Seit 2014 wurden rund 1,7 Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben, mit negativen Folgen für die Gesundheitssituation der Betroffenen. Geflüchtete haben zumeist weniger Ressourcen, um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen. Zudem fehlt es ihnen oft an sozialer Unterstützung, was ihre Vulnerabilität erhöht. Die Vertreibungen trugen aktiv zur Verbreitung von HIV in der Ukraine bei, wie eine epidemiologische Studie aus dem Jahr 2017 aufzeigen konnte.

Die Situation auf der Krim nimmt eine besondere Bedeutung ein. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion durch Russland im März 2014 wurde die Substitutionstherapie auf der Halbinsel verboten. Patienten, die zuvor an diesen Programmen teilgenommen hatten, mussten die Krim daher verlassen und in andere Teile der Ukraine fliehen. Ukrainische Aids-Organisa-

tionen übernahmen die Neuverteilung der Patienten. Auf der Krim hingegen haben die Neuinfektionen nach der Annexion zugenommen. 2017 gehörte die Krim zu den am stärksten betroffenen Regionen in Russland.

Fazit: Wie der Krieg die HIV-Epidemie in der Ukraine verstärkt hat

Die Entwicklung der HIV-Epidemie in der Ukraine spiegelt die wechselvolle jüngere Geschichte des Landes wider. Ein genauer Blick auf die Entwicklung zeigt drei Phasen: Die ersten Jahre der Epidemie waren von einer Politik der politischen Vernachlässigung geprägt. Das Risikoumfeld in der Ukraine entwickelte sich als Folge der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Transformation nach dem Ende der Sowjetunion. In den frühen 2000er Jahren setzte ein politisches Umdenken in der Ukraine ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen und westliche Geldgeber spielten hierbei eine wichtige Rolle. Durch die aktive Unterstützung von Präventions- und Behandlungsprogrammen für Risikogruppen konnte die Entwicklung der HIV-Epidemie in der Ukraine stabilisiert werden. Die Fortschritte in der Bekämpfung von HIV werden jedoch seit 2014 durch die Folgen des Donbas-Konfliktes im Osten des Landes bedroht. Der Krieg und die daraus resultierende Vertreibung erleichterte und beschleunigte die Verbreitung von HIV in der Ukraine. Die Regierung der Ukraine steht also gegenwärtig vor der schwierigen Aufgabe, Präventions- und Behandlungsprogramme in einer angespannten öffentlichen Haushaltslage intensivieren zu müssen, um den negativen Folgen des Krieges und der Vertreibung auf die öffentliche Gesundheit entgegenzuwirken. Für die nähere Zukunft steht zu befürchten, dass der anhaltende Konflikt die Bemühungen der Ukraine erschweren wird, die HIV-Epidemie dauerhaft einzudämmen.

Über die Autorin

Dr. Ulla Pape ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt »Variationen von Governance in hybriden Regimen. Unternehmen, Staat und Zivilgesellschaft im heutigen Russland« (Govrus) unter der Leitung von Prof. Dr. Katharina Bluhm und Prof. Dr. Sabine Kropp an der Freien Universität Berlin. Sie forscht zu den Themen Gesundheits- und Sozialpolitik, Zivilgesellschaft sowie dem Verhältnis von Unternehmen und Staat in Russland und Osteuropa.

Bibliographie

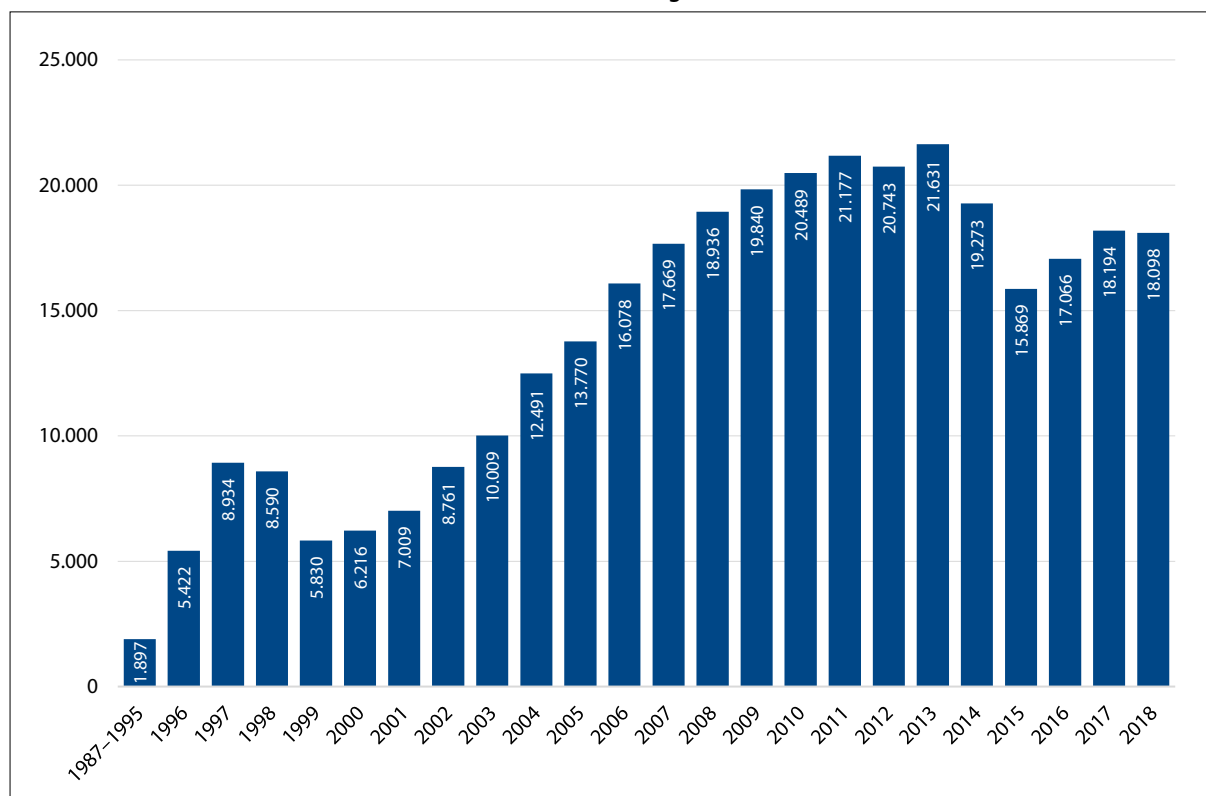
- Alliance for Public Health, <http://aph.org.ua/en/home>
- Arkin, E. (2011). Ukraine: HIV policy advances overshadowed by police crackdown on drug therapy clinics. *HIV/AIDS Policy & Law Review*, 15(2), 24.
- Barnett, T. and A. Whiteside (2002). *AIDS in the Twenty-First Century. Disease and Globalization*. Basingstoke: Palgrave.
- Dutta, A. et al. (2013). *The global HIV epidemics among people who inject drugs*, Washington, DC: World Bank.
- Filippovych, S. (2015). Impact of armed conflicts and warfare on opioid substitution treatment in Ukraine: Responding to emergency needs. *International Journal of Drug Policy*, 26(1), 3–5.

- Kazatchkine, M. (2014). Russia's ban on methadone for drug users in Crimea will worsen the HIV/AIDS epidemic and risk public health. *BMJ*, 348 (8 May): G3118–g3118.
- Pape, U. (2019). HIV/AIDS in Eastern Europe and Central Asia, *Oxford Encyclopedia of LGBT Politics and Policy*, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.1314>
- Owczarzak, J.K., Karelin, M. and Phillips, S.D. (2015). A view from the frontlines in Slavyansk, Ukraine: HIV prevention, drug treatment, and help for people who use drugs in a conflict zone. *International Journal of Drug Policy*, 26(1), 6–7.
- Twigg J.L. (2015). Unfolding Tragedy in Ukraine. *Journal of AIDS and HIV Infections*, 1(1): 102.
- Ukrainisches Gesundheitsministerium. (2015) Ukraine Country Progress Report 2015, Kyiv: Ukrainian Ministry of Health, URL: http://www.unaids.org/sites/default/files/country/documents/UKR_narrative_report_2015.pdf
- Ukrainian Center for Socially Dangerous Disease Control, Ministry of Health, URL: <http://ucdc.gov.ua/>
- Vasylyeva, T. et al. (2018). Molecular epidemiology reveals the role of war in the spread of HIV in Ukraine. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 115(5), 1051–1056.
- Vitek, C. R. et al. (2014). Slowing of the HIV Epidemic in Ukraine: Evidence from Case Reporting and Key Population Surveys, 2005–2012. *PLOS ONE*, 9(9), e103657.

STATISTIK

Jährliche HIV-Infektionen

Grafik 1: Jährliche HIV-Infektionen (unter ukrainischen Bürgern), 1987–2018



Quelle: Zentrum für Öffentliche Gesundheit des Ukrainischen Gesundheitsministeriums

Die geschwächte Immunität des Staates: Die Masernepidemie in der Ukraine

Von Krzysztof Niecypor, Zentrum für Osteuropastudien (Warschau)

DOI: 10.31205/UA.237.02

Zusammenfassung

Seit 2017 stieg die Zahl der Masernerkrankungen in der Ukraine als Folge einer sinkenden Impfquote rapide an. Für die gesunkene Impfquote gab es mehrere Gründe, wobei neben Versäumnissen in der Gesundheitspolitik, die teilweise auf erschwerte Bedingungen wegen des Konfliktes im Donbas zurückzuführen sind, auch gezielte Desinformationenkampagnen von Impfgegnern eine wichtige Rolle spielen. Durch Aufklärungskampagnen und weitere Maßnahmen konnte die Regierung die Impfquote zuletzt wieder erhöhen und die Situation stabilisieren. Dennoch steckt das ukrainische Gesundheitssystem vor einer Glaubwürdigkeitskrise und der Staat vor einer großen gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderung.

Einleitung

Laut Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Ukraine seit 2018 die weltweit zweithöchste Zahl an Masernvirusinfektionen. Ein starker Anstieg der Verbreitung des Masernvirus wurde erstmals 2017 registriert, als 4.782 Infektionen nachgewiesen wurden – 2016 lag die Zahl der Masernfälle noch bei 90. 2018 gab es bereits 54.000 Masernfälle in der Ukraine, was mehr als 64 Prozent aller Masernfälle in Europa ausmacht. Im vorigen Jahr verschlechterte sich die Situation noch einmal leicht und das Gesundheitsministerium der Ukraine schätzte die Zahl der zwischen Januar und November 2019 an Masern erkrankten Personen auf mehr als 57.000. Somit haben sich zwischen 2017–2019 insgesamt mehr als 115.000 Menschen mit Masern infiziert, wobei die Krankheit bei 41 Personen tödlich verlief, darunter 25 Kinder.

Die Hauptursache für die schnelle Ausbreitung der Masern ist die niedrige Impfquote, die wiederum eine Folge der Krise des ukrainischen Gesundheitssektors ist, sowie die Verbreitung von Desinformationen über die angeblich schädlichen Auswirkungen von Impfstoffen oder ihre Unwirksamkeit. Dies hat dazu geführt, dass der Anteil der Kleinkinder, die gegen Masern geimpft sind, bis 2016 auf 42 Prozent fiel. Mit einer Impfquote von weniger als 31 Prozent bei Kindern unter 6 Jahren lag die Ukraine in dieser Altersgruppe im weltweiten Vergleich in der Schlussgruppe.

Ein großes Problem ist außerdem der illegale Handel mit gefälschten Impfpässen, der das Ergebnis einer einflussreichen Anti-Impfkampagne im Internet und des Misstrauens der Bürger gegenüber staatlichen Gesundheitseinrichtungen ist. Folglich sind Masern nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Gesundheitspolitik des Staates.

Obwohl der Anstieg der Masernfälle einhergeht mit einer weltweit steigenden Verbreitung der Masern, hängt

der rasche Anstieg in der Ukraine mit lokalen Umständen zusammen, die jedoch nicht einzigartig für die Ukraine sind: Vernachlässigung im Gesundheitssektor sowie die Anfälligkeit der Gesellschaft für Desinformation können überall auftreten – in jedem Land und in jeder sozialen Gruppe. Das macht den Anstieg der Masernfälle in der Ukraine zu einer interessanten Fallstudie, die im Detail analysiert werden muss.

Reorganisation in Krisenzeiten

Der Hauptgrund für den rapiden Anstieg der Zahl der Masernfälle ist der schlechte Zustand des ukrainischen Gesundheitssektors. Dieser ist wiederum eine Folge der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes sowie einer Reihe politischer Fehlentscheidungen. 2014 gelang es der Regierung aufgrund der damals herrschenden politischen Krise nicht, eine ausreichende Menge an Masernimpfstoffen zu beschaffen, was sich negativ auf die Impfquote in der ukrainischen Gesellschaft auswirkte und in den Folgejahren zu einem Anstieg der an Masern erkrankten Personen beitrug. Ein Konflikt im Gesundheitsministerium führte zu Verzögerungen bei der Versorgung von Gesundheitseinrichtungen mit einer ausreichenden Menge an Impfstoffen. Auslöser war ein Vorwurf von Gesundheitsminister Oleh Musyj gegen seinen Stellvertreter, absichtlich öffentliche Ausschreibungen zum Erwerb von Impfstoffen sabotiert zu haben. Der Rücktritt des Ministers und seines Stellvertreters im Herbst 2014 wegen dieser Kontroverse führte zum Erliegen des staatlichen Impfstoffbeschaffungsprogramms. Ein weiterer wichtiger Grund war die starke Abwertung der Landeswährung Hrywnja. Das führte dazu, dass die zuvor veranschlagten Mittel für den Kauf von Impfstoffen bei Weitem nicht für die Anschaffung der erforderlichen Menge an Impfstoffen reichten. Als Folge wurden die Impfstoffe, die ursprünglich 2014 verwendet werden sollten, erst 2015 erworben.

2014 wurde aufgrund von Korruptionsskandalen die Entscheidung getroffen, den Staatlichen Dienst für Hygiene und Epidemiologie aufzulösen und Aufgaben zur Überwachung, Kontrolle und Prävention von Krankheiten an eine neu zu schaffende Institution zu übertragen. Wegen rechtlicher Zweifel an der Gültigkeit dieser Entscheidung dauerte der Reorganisationsprozess bis März 2017. Das löste ein Verwaltungschaos aus und führte zu einer unklaren Aufgabenteilung zwischen der alten und der neuen Institution, die im Mai 2016 gegründet worden war. Die schwierige Situation wurde noch verschärft durch die Tatsache, dass zwischen 2016 und 2019 der Ministerposten im Gesundheitsministerium vakant blieb – in dieser Zeit war Ulana Suprun amtierende Gesundheitsministerin.

Desinformation und Politik

Der Anstieg der Masernerkrankungen hängt ebenfalls zusammen mit zunehmenden Anti-Impfkampagnen, vor allem über das Internet.¹ Informationen in sozialen Medien zweifeln die Wirksamkeit und den Nutzen der Immunisierung an und haben viele Eltern davon überzeugt, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Politiker hatten an der Verbreitung der Falschinformationen ihren Anteil und haben Fälle von verstorbenen Kindern genutzt, um sich selbst in Szene zu setzen und ihre politischen Gegner anzugreifen. In diesem Kontext sind insbesondere die Sitzungen und Ergebnisse eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der bereits 2008 zur Untersuchung der Todesursachen eines Jugendlichen in Kramatorsk gebildet wurde, zu erwähnen. Der Fall sorgte für landesweite Aufmerksamkeit und löste in der Ukraine eine große Debatte über die Sicherheit und Effektivität von Impfungen aus: Der Tod des 17-jährigen einen Tag nach einer Masern-Impfung wird als Beginn der Anti-Impfkampagne in der Ukraine gesehen. Die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die Entscheidung der Regierung, das Impfprogramm an Schulen bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse für mehrere Monate auszusetzen, beförderte die Verbreitung von Verschwörungstheorien. Der Untersuchungsausschuss kam letztlich zu dem Ergebnis, dass der Tod des Jungen eine direkte Folge der mangelhaften Qualität des aus Indien importierten Impfstoffs war. Dieses Ergebnis wurde jedoch angezweifelt von einer Untersuchung durch WHO-Experten, der zufolge die Todesursache ein septischer Schock war, ausgelöst durch eine Infektion – und nicht der Impfstoff. Obwohl das

Gesundheitsministerium die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zurückwies, entschied es 2010 unter großem öffentlichen Druck, den gesamten Bestand des indischen Impfstoffs, rund acht Millionen Einheiten, zu zerstören.

Ein anderes Beispiel ist ein Bericht über einen Pharmakonzern aus Charkiw, der potenziell lebensgefährliche Impfstoffe hergestellt haben soll. Obwohl in diesem wie auch im zuvor beschriebenen Fall letztlich keine Verbindung zwischen Impfung und Tod festgestellt werden konnte, lösten beide Fälle eine Welle von Spekulationen über die negativen Effekte von Impfstoffen aus und trugen zur Verunsicherung und zu Bedenken gegenüber Impfungen in der ukrainischen Gesellschaft bei.

Der Kampf gegen die Impfgegner wurde erschwert durch die inkonsistente Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen. Trotz der Tatsache, dass nach ukrainischem Recht alle Kinder an einem staatlichen Impfprogramm teilnehmen müssen und Bildungseinrichtungen nur besuchen dürfen, wenn ein Impfschutz nachgewiesen wird, wurde diese Bestimmung häufig nicht vollständig umgesetzt. 2016 entschied das Bezirksgericht in Slawuta in einem prominenten Fall, dass auch nicht geimpfte Kinder Kindergärten und Schulen besuchen dürfen. Eine Mutter hatte gegen einen Kindergarten geklagt, der wegen des fehlenden Impfschutzes ihres Kindes dessen Annahme verweigert hatte. Das Gericht entschied mit Verweis auf das Grundrecht auf Bildung als einem fundamentalen, von der ukrainischen Verfassung geschütztem Menschenrecht, dass die Ablehnung durch den Kindergarten nicht rechtens gewesen sei. Im April 2019 hob das Oberste Gericht der Ukraine die Entscheidung des Bezirksgerichts jedoch auf und erklärte, dass die von der Klägerin vorgebrachten Argumente bezüglich der Schädlichkeit von Impfstoffen nicht ausreichend belegt seien und die Verpflichtung zur Immunisierung in öffentlichem Interesse und damit rechtens sei.

Die Tatsache, dass die Zahl der Masernfälle im Verhältnis zur rückläufigen Impfquote der ukrainischen Gesellschaft zunimmt, lässt den Schluss zu, dass sich die zurückhaltende Haltung gegenüber Impfungen in den letzten Jahren direkt auf die steigenden Masernzahlen ausgewirkt hat: 2017 wurden die Masern in 86 Prozent der Fälle bei nicht geimpften Personen diagnostiziert. Der Handel mit gefälschten Impfpässen ist eine weitere Folge der Verbreitung von Fehlinformationen über Impfungen. Es gibt Schätzungen, denen zufolge in der Ukraine bis zu 30 Prozent der ärztlichen Impf-

1 Eine Analyse von Posts in sozialen Netzwerken, die von der George-Washington-Universität durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass der Anstieg von Masernfällen 2014–17 mit der gestiegenen Aktivität von aus Russland stammenden Fake-Accounts korreliert. Der Inhalt der russischen Internet-Bots wurde auf verschiedenen Seiten gepostet und enthielt ähnliche Nachrichten über negative Folgen von Impfungen, mangelnde Qualität von Impfstoffen sowie über das Recht der Eltern, Impfungen ihrer Kinder zu verweigern, siehe D.A. Broniatowski et al., »Weaponized Health Communication: Twitter Bots and Russian Trolls Amplify the Vaccine Debate«, American Journal of Public Health, October 2018, no. 108, <https://ajph.aphapublications.org/doi/10.2105/AJPH.2018.304567>.

bescheinigungen gefälscht sind. Laut ukrainischen Journalisten beträgt der Preis für solche Zertifikate etwa 350 Hrywnja, umgerechnet 11 Euro. Das ukrainische Ministerium für Bildung und Wissenschaft kündigte an, dass die Leitungen von Bildungseinrichtungen dafür verantwortlich gemacht werden sollen, wenn nicht geimpfte Kinder an ihre Einrichtungen zugelassen werden. Gegenwärtig arbeitet das Bildungsministerium zusammen mit dem Gesundheitsausschuss der Werchowna Rada an einem gesetzlichen Rahmen zur Regelung des Problems.

Folgen der Versäumnisse

In den Jahren 2014–2016 führten politische Fehlentscheidungen sowie die zunehmende Ablehnung gegenüber Impfungen zu einem Rückgang der Zahl der Impfungen bei Kindern, insbesondere bei Säuglingen. Lag die Impfrate bei Säuglingen 2007 noch bei 97 Prozent, sank sie bis 2016 auf 42 Prozent und zählt damit zu den weltweit niedrigsten Raten. Infolgedessen stieg 2017 die Zahl der diagnostizierten Masernfälle im Vergleich zu 2016 um das 46-Fache. Es sei darauf hingewiesen, dass die Personen, die an Masern erkrankten, hauptsächlich Kinder waren: 2017 betrafen 75 Prozent aller Masernfälle Kinder, 2018 lag der Anteil bei 63 Prozent. Die höchste Rate an Masernfällen gibt es in den westlichen Oblasten der Ukraine, insbesondere in den Gebieten Lwiw, Winnyzja, Riwne und Chmelnyzkyj sowie in Kiew.

Der Masernausbruch in der Ukraine hat auch Folgen für andere Länder. Im April 2019 wurde im Stadtbezirk Brooklyn von New York eine erhöhte Masernrate in orthodox-jüdischen Gemeinden verzeichnet und es wurde der Notstand im Bereich der öffentlichen Gesundheit ausgerufen. Das Virus war von chassidischen Juden, die jährlich zu Tausenden in die Ukraine pilgern, über Israel in die Vereinigten Staaten getragen worden.

2019 wurde die erhöhte Masern-Inzidenzrate in Europa hauptsächlich in Ländern der ehemaligen Sowjetrepubliken verzeichnet. Abgesehen von der Ukraine, die seit zwei Jahren an der Spitze dieser negativen Entwicklung steht, wurden die meisten Masernfälle in Georgien (4.389) und der Russischen Föderation (4.054) verzeichnet, gefolgt von der Türkei (2.811), Frankreich (2.657), Nord-Mazedonien (1.897) und Rumänien (1.746). In jedem dieser Länder ist die Ausbreitung des Masernvirus mit einem Rückgang der Impfrate in der Bevölkerung verbunden. Eine Datenanalyse zeigt, dass, obwohl in der Mehrheit der europäischen Länder die meisten Einwohner geimpft sind, die hohe Mobilität die Ausbreitung der Krankheit und die Entstehung von lokal isolierten Gebieten mit erhöhter Masern-Inzidenz erleichtert.

Die Reaktion der Behörden

Die erste Maßnahme, die von den ukrainischen Behörden als Reaktion auf die Verzögerung bei der Lieferung der Impfstoffe im Jahr 2014 ergriffen wurde, bestand in einer Änderung des Systems der Arzneimittelbeschaffung, einschließlich von Impfstoffen. Im März 2015 wurde ein Gesetz erlassen, das vorschrieb, dass bis Ende März 2020 der Erwerb von Arzneimitteln vollständig über internationale Organisationen wie UNICEF und UNDP sowie über die britische Firma Crown Agents abgewickelt werden sollte. Laut dem Gesundheitsministerium führte die Einführung des neuen Beschaffungssystems zu einer Senkung der Beschaffungskosten von Arzneimitteln um 40 Prozent und trug dazu bei, dass 2018 eine ausreichende Menge an Impfstoffen beschafft werden konnte. Im Januar 2019 führte die Regierung einen Drei-Jahres-Plan für den Einkauf von Impfstoffen ein, der zudem eine Beschaffung von 25 Prozent Reserve-Impfstoffen vorsah, die im Notfall eingesetzt werden können.

Trotz der alarmierenden Statistiken über den Anstieg der Masernfälle rief das Gesundheitsministerium keine Epidemie aus. Stattdessen entschied es sich für vorläufige Maßnahmen (vorübergehende Schließung von Schulen, Durchführung von Impfkampagnen, Einführung mobiler Impfstationen). Im Mai 2019 gab das Ministerium bekannt, von nun an allen Bürgern kostenlose Impfungen zur Verfügung zu stellen, unabhängig von Alter und Beruf (zuvor wurden nur Beschäftigte im Gesundheitswesen, Lehrkräfte, Soldaten, Studierende und Menschen unter 30 kostenlos geimpft). Auch wurde die Altersgrenze für die erste Masernimpfung bei Kleinkindern auf sechs Monate gesenkt. Darüber hinaus wurde eine Sensibilisierungskampagne gestartet, an der auch Premierminister Olexij Hontscharuk und das Kirchenoberhaupt der autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epiphanius, teilnahmen.

Diese Maßnahmen haben zu einer wesentlichen Verbesserung der Impfrate in der ukrainischen Bevölkerung beigetragen. 2017 lag die Impfrate bei Säuglingen bei 88 Prozent, 2019 stieg sie auf 91 Prozent und Ende November 2019 waren 85 Prozent aller Kleinkinder unter einem Jahr geimpft. Laut dem amtierenden Direktor des Staatlichen Zentrums für öffentliche Gesundheit ist die Masernepidemie dank der Bemühungen des ukrainischen Gesundheitssektors sowie internationaler Organisationen auf dem Rückzug. Die Erfahrungen mit der raschen Ausbreitung der Krankheit resultierten Ende November 2019 in einer von der ukrainischen Regierung verabschiedeten Strategie für die Entwicklung der immunologischen Prävention und zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionskrankheiten bis 2022. Diese verpflichtet die Behörden beispielsweise dazu, eine ausreichende Finanzierung für Maßnahmen

zur Verhinderung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten bereitzustellen; ein Programm umzusetzen, das den Bürgern Zugang zu verlässlichen und wissenschaftlich fundierten Informationen über die Bedeutung von Impfungen verschafft, sowie einen Krisenreaktionsplan auszuarbeiten für den Fall eines plötzlichen Anstiegs von Infektionskrankheiten.

Die Glaubwürdigkeitskrise des Staates

Trotz der erfolgreichen staatlichen Maßnahmen zur Steigerung der Impfrate in der Bevölkerung stehen viele Menschen im Land dieser Art der Krankheitsprävention nach wie vor skeptisch gegenüber. Meinungsumfragen zeigen, dass in der Ukraine die Wirksamkeit der Argumente der Impfgegner eng mit dem gesellschaftlichen Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen verbunden ist. 2018 gaben in einer repräsentativen Umfrage mehr als ein Drittel der Befragten an, dass die Aktivitäten des Gesundheitsministeriums keine Auswirkungen auf ihre Gesundheit hätten, und mehr als die Hälfte von ihnen äußerte Zweifel an der Kompetenz der Mitarbeitenden öffentlicher Gesundheitseinrichtungen. 29 Prozent sahen Impfungen als gesundheits-

schädlich, während etwa die Hälfte sie für effektiv hält (zum Vergleich dazu halten im benachbarten Polen 84 Prozent der Bevölkerung Impfungen für effektiv). Nur zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, dass Impfprogramme für Kinder obligatorisch sein sollten, während 27 Prozent dies ablehnen. Die große Mehrheit (73 Prozent) ist dafür, dass es hauptsächlich den Eltern überlassen werden sollte, ob ihr Kind geimpft wird – und nicht dem Staat.

Diese Zahlen zeigen die immense Herausforderung, vor der die Behörden stehen, wenn es um die Sensibilisierungspolitik im Bereich der Krankheitsprävention geht. Die ukrainische Gesellschaft ist nach wie vor anfällig für Fake News und Fehlinformationen über die Sicherheit und Effektivität von Impfungen. In dieser Situation besteht die einzige Möglichkeit, die Auswirkungen von Falschnachrichten zu begrenzen, in gezielten staatlichen Gegenmaßnahmen. Dies ist umso wichtiger vor dem Hintergrund des Medienrummels und der unklaren Verantwortung für die Veröffentlichung von Fake News im Internet und in den sozialen Medien. Dies macht Verschwörungstheorien zum größten Problem für die Verhinderung neuer Krankheitsausbrüche.

Dieser Text erschien ursprünglich als OSW Commentary 318 des Zentrums für Osteuropastudien in Warschau (OSW). Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt dem Autor und dem OSW für die Erlaubnis zum Nachdruck einer deutschsprachigen Übersetzung.

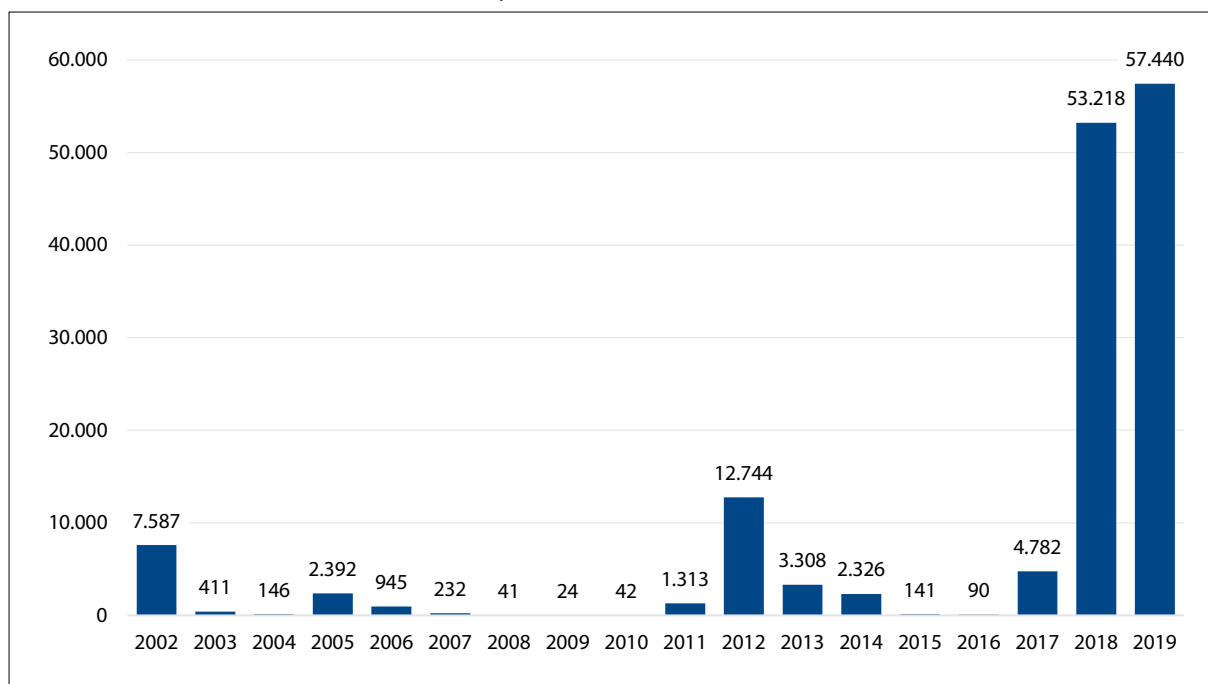
Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Eduard Klein

Über den Autor

Krzysztof Niecypor ist Junior Fellow in der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldau am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau. Er hat Internationale Beziehungen an der Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin und der Universität Warschau studiert und beschäftigt sich mit der politischen und sozialen Situation in der Ukraine.

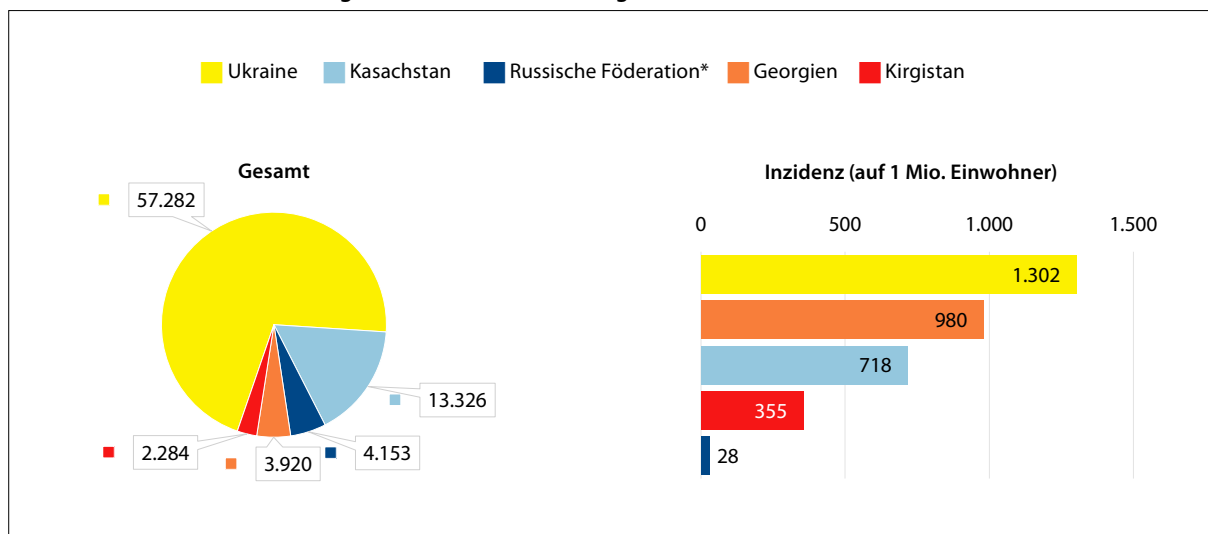
Masern in der Ukraine

Grafik 1: Maserninfektionen in der Ukraine, 2002–2019



Quelle: Weltgesundheitsorganisation (WHO), https://www.who.int/immunization/monitoring_surveillance/burden/vpd/surveillance_type/active/measles_monthlydata/en/

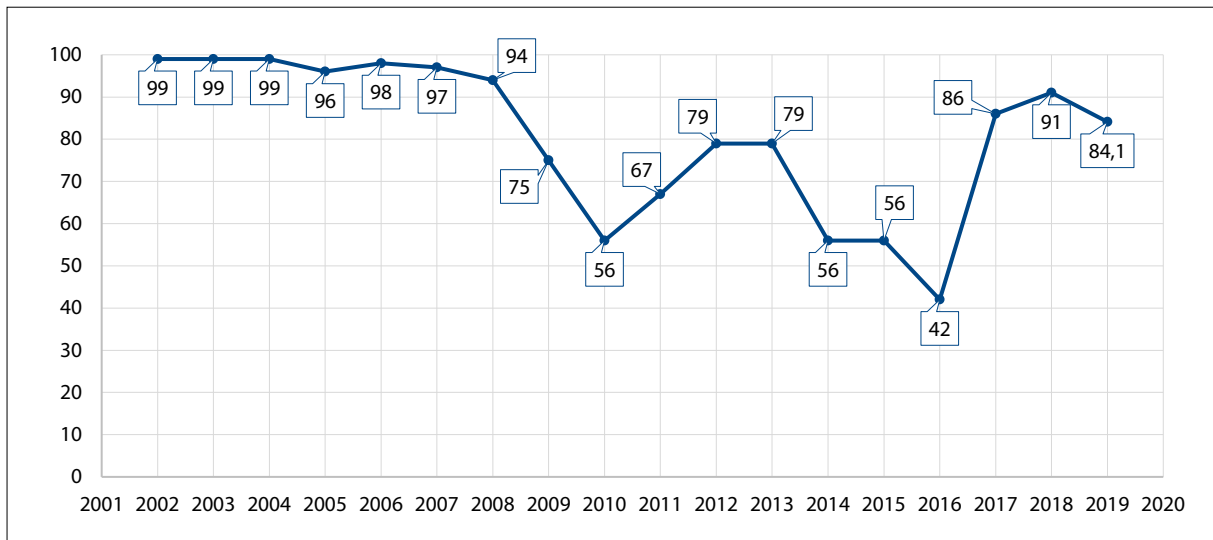
Grafik 2: Masernfälle in ausgewählten Ländern der Region für das Jahr 2019



* Daten für Dezember 2018 – November 2019

Quelle: Weltgesundheitsorganisation EpiData 1/2020, <https://www.euro.who.int/en/health-topics/disease-prevention/vaccines-and-immunization/publications/surveillance-and-data/who-epidata/epidata-12020>

Grafik 3: Impfrate in der Ukraine 2002–2019 (in %)



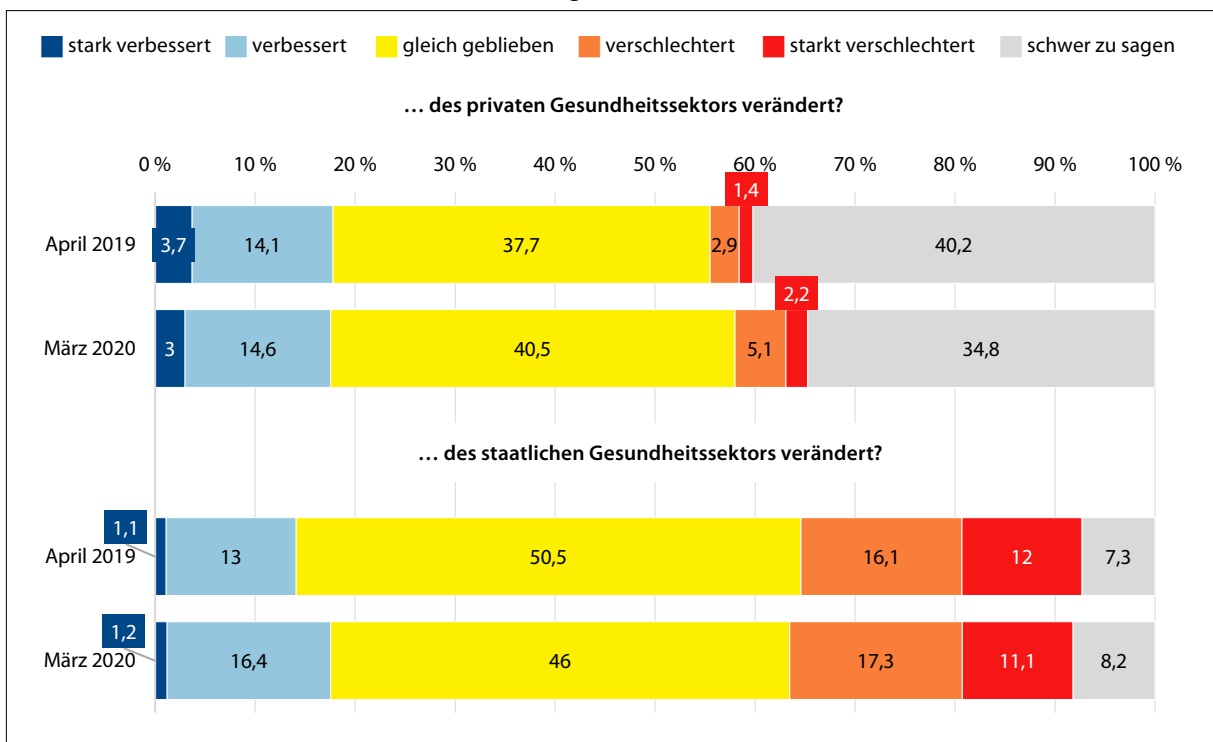
Zahl für 2019: Stand November 2019

Quelle: Weltgesundheitsorganisation (WHO), https://www.who.int/immunization/monitoring_surveillance/burden/vpd/surveillance_type/active/measles_monthlydata/en/

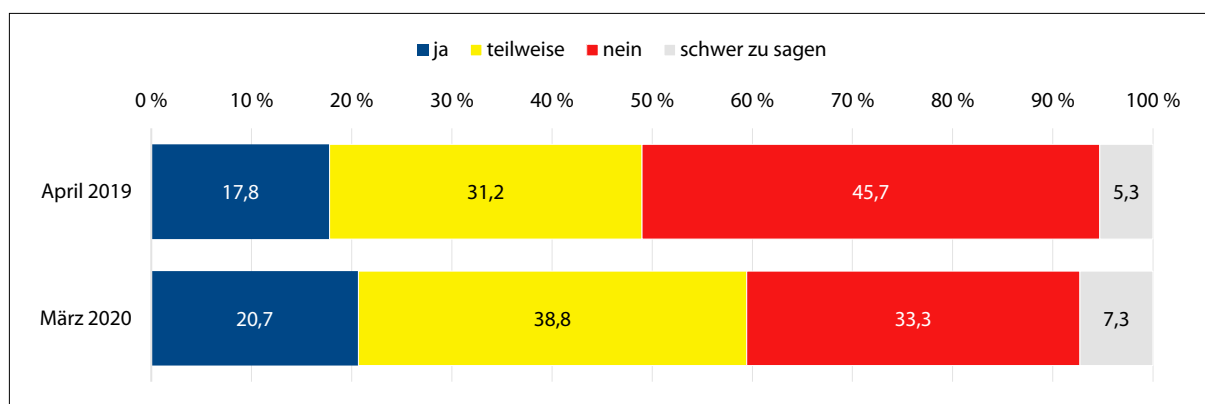
UMFRAGEN

Meinungen zum ukrainischen Gesundheitssystem

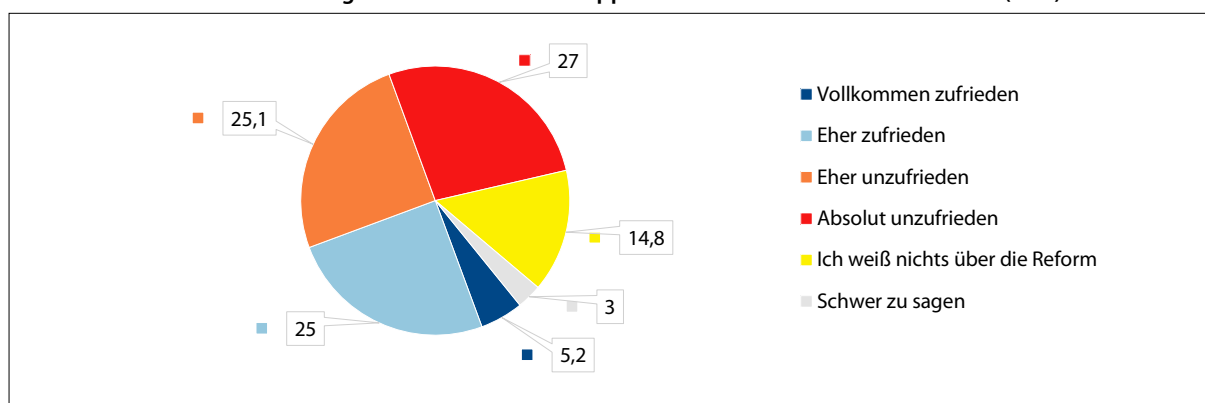
Grafik 1: Wie hat sich im letzten Jahr Ihrer Meinung nach in der Ukraine die Qualität...



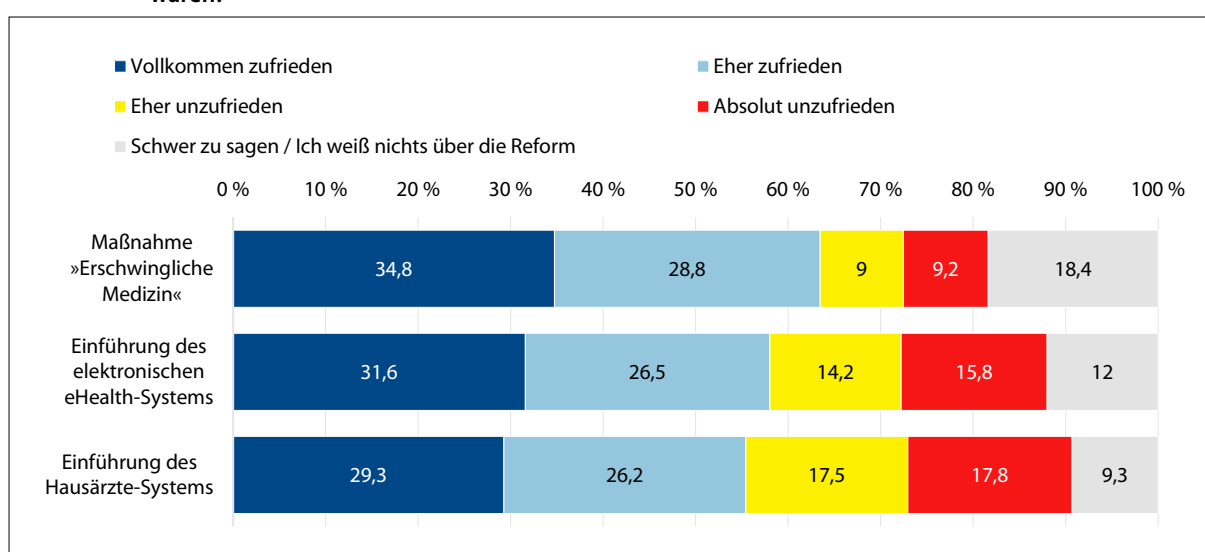
Quelle: Socis Umfrage von März 2020, socis.kiev.ua/2020-04-01/

Grafik 2: Unterstützen Sie die Gesundheitsreform?

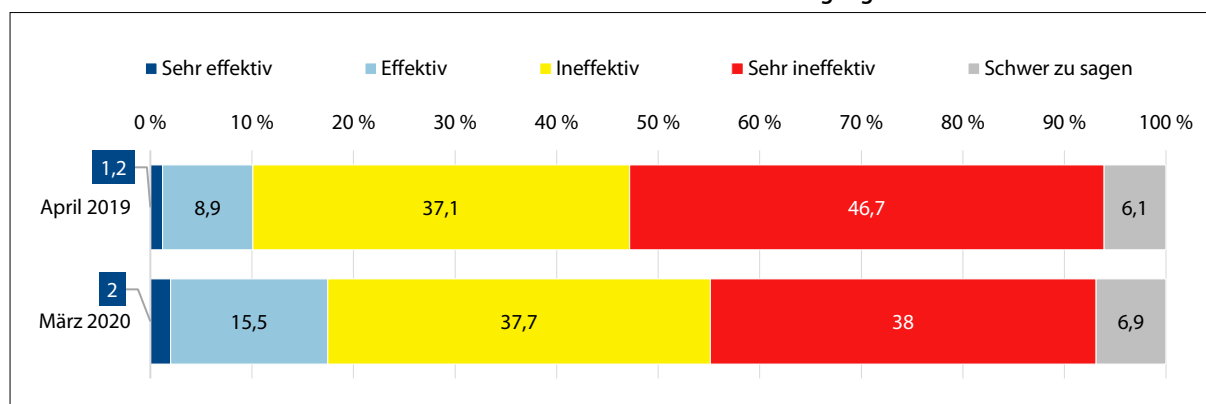
Quelle: Socis Umfrage von März 2020, socis.kiev.ua/2020-04-01/

Grafik 3: Sind Sie mit den Ergebnissen der ersten Etappe der Gesundheitsreform zufrieden? (in %)

Quelle: Socis Umfrage von März 2020, socis.kiev.ua/2020-04-01/

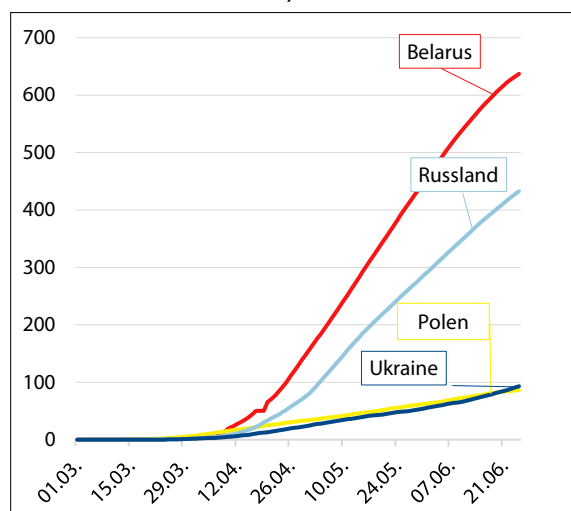
Grafik 4: Wie beurteilen Sie die folgenden Maßnahmen, die Bestandteil der ersten Phase der Gesundheitsreform waren?

Quelle: Socis Umfrage von März 2020, socis.kiev.ua/2020-04-01/

Grafik 5: Wie bewerten Sie die Arbeit des Gesundheitsministeriums im vergangenen Jahr?

Quelle: Socis Umfrage von März 2020, sosis.kiev.ua/2020-04-01/

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine**Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 25. Juni 2020)****Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 10. – 25. Juni 2020)**

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
10.06.	51.066	27.842	493.023	29.015
11.06.	51.816	28.201	501.800	29.706
12.06.	52.520	28.577	510.761	30.415
13.06.	53.241	29.017	519.458	31.177
14.06.	53.973	29.392	528.267	31.851
15.06.	54.680	29.788	536.484	32.536
16.06.	55.369	30.195	544.725	33.209
17.06.	56.032	30.701	552.549	33.986
18.06.	56.657	31.015	560.321	34.833
19.06.	57.333	31.316	568.292	35.755
20.06.	57.936	31.620	576.162	36.615
21.06.	58.505	31.931	583.879	37.361
22.06.	59.023	32.227	591.465	38.056
23.06.	59.487	32.527	598.878	38.901
24.06.	59.945	32.821	606.043	39.852
25.06.	60.382	33.119	613.148	40.854

Für die Zahlen vom 01.03.–09.06.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 8, Ukraine-Analysen 234, S. 22, Ukraine-Analysen 235, S. 9 und Ukraine-Analysen 236, S. 11.. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 25.06.2020. 15:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 25. Juni 2020)

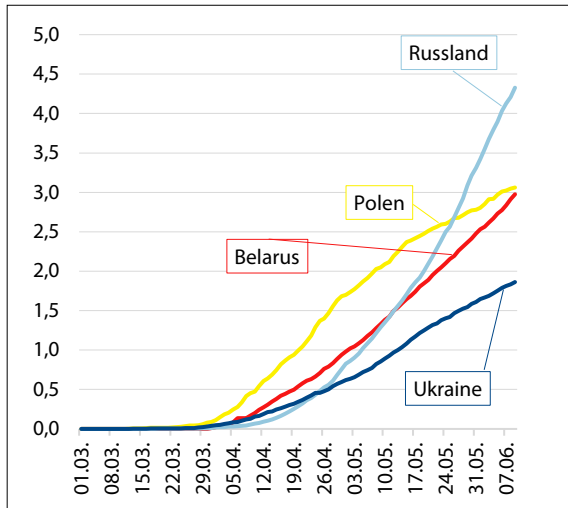


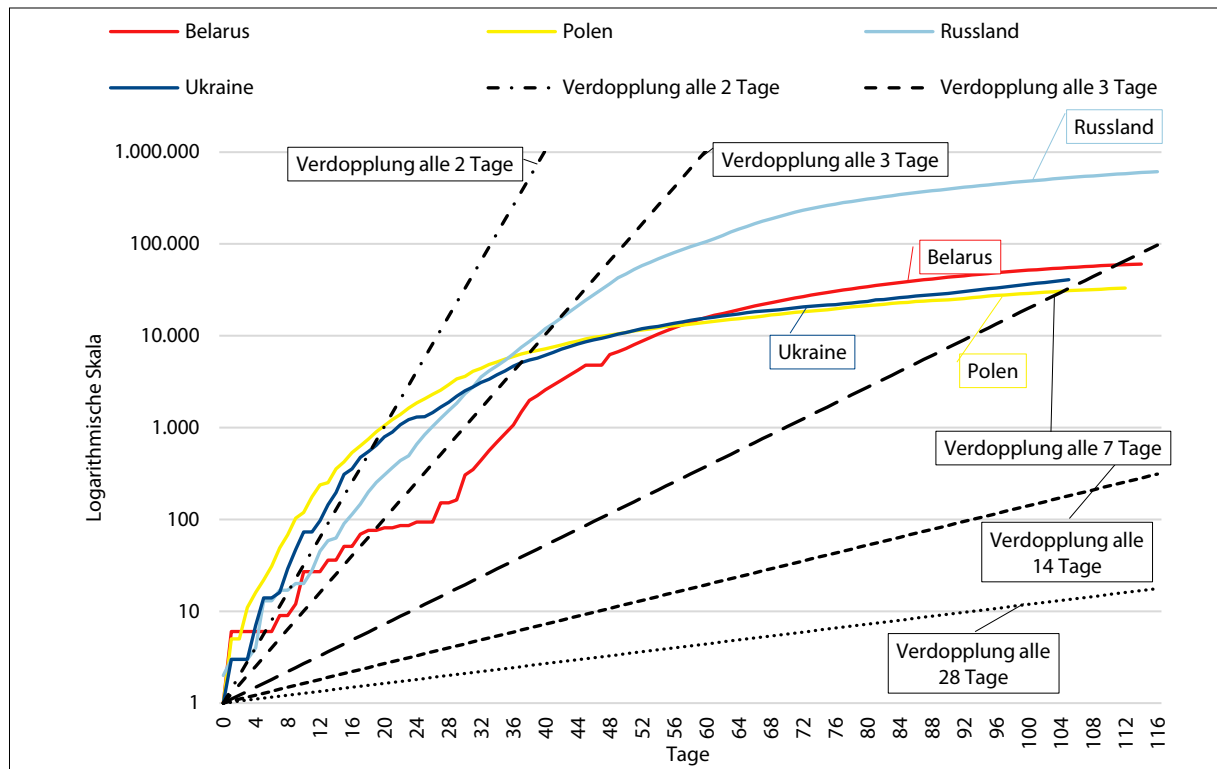
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (10. – 25. Juni 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
10.06.	288	1.206	6.350	841
11.06.	293	1.215	6.522	864
12.06.	298	1.222	6.705	880
13.06.	303	1.237	6.819	890
14.06.	308	1.247	6.938	899
15.06.	312	1.256	7.081	911
16.06.	318	1.272	7.274	922
17.06.	324	1.286	7.468	953
18.06.	331	1.316	7.650	976
19.06.	337	1.334	7.831	995
20.06.	343	1.346	7.992	1.004
21.06.	346	1.356	8.101	1.012
22.06.	351	1.359	8.196	1.022
23.06.	357	1.375	8.349	1.045
24.06.	362	1.396	8.503	1.061
25.06.	367	1.412	8.594	1.078

Für die Zahlen vom 01.03.–09.06.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 9, Ukraine-Analysen 234, S. 22, Ukraine-Analysen 235, S. 9 und Ukraine-Analysen 236, S. 11. Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 25.06.2020. 15:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle

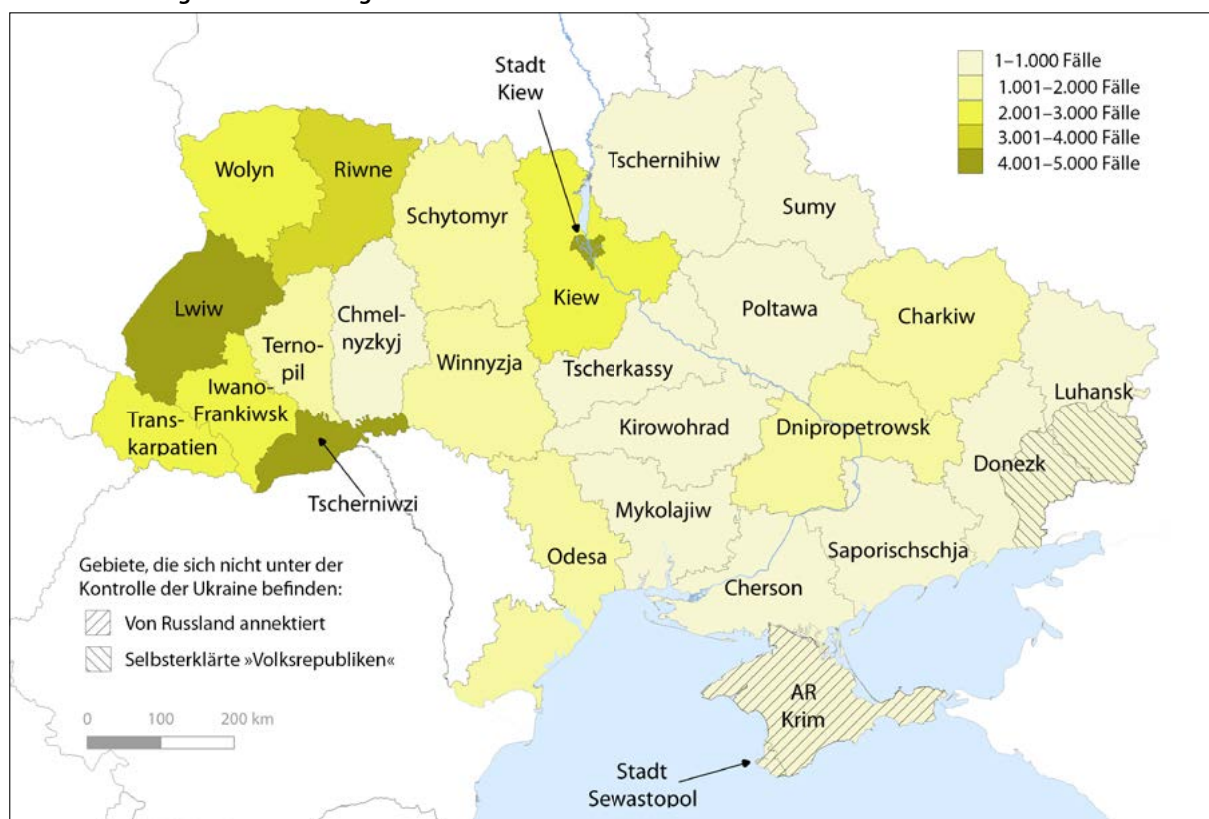


Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

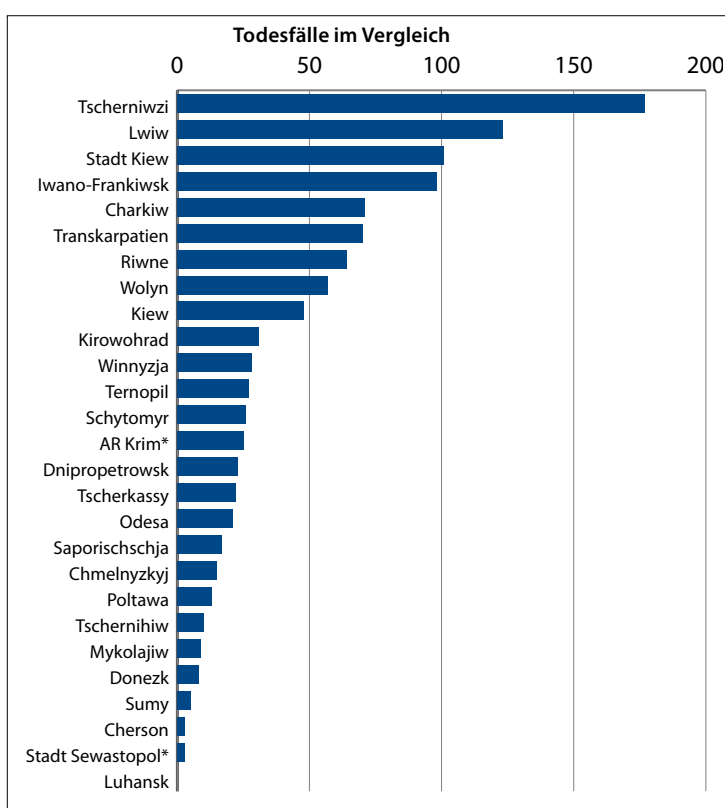
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 25.06.2020. 15:33 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 4: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	1.947	71
Cherson	188	3
Chmelnyzkyj	645	15
Dnipropetrowsk	1.069	23
Donezk	399	8
Iwano-Frankiwsk	2.171	98
Kiew	2.373	48
Stadt Kiew	4.613	101
Kirowohrad	636	31
Luhansk	75	0
Lwiw	4.627	123
Mykolajiw	377	9
Odesa	1.465	21
Poltawa	301	13
Riwne	3.248	64
Saporischschja	561	17
Schytomyr	1.337	26
Sumy	277	5
Ternopil	1.815	27
Tscherkassy	616	22
Tschernihiw	506	10
Tscherniwzi	4.531	177
Transkarpatien	2.454	70
Winnyzja	1.753	28
Wolyn	2.024	57
AR Krim*	638	25
Stadt Sewastopol*	215	3



* inoffizielle Daten
 Quelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 25.06.2020 08:44 Uhr.

Covid-19-Chronik, 8. – 22. Juni 2020

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
10.06.2020	525 / 28.381 / 833	Zwei Kontrollpunkte zwischen den von der Regierung kontrollierten Gebieten und den »Volksrepubliken« im Donbas nehmen ihren Betrieb wieder auf. Während am Checkpoint Marjinka (an der Kontaktlinie zur »Volksrepublik Donezk«) der Übergang mit dem PKW erlaubt ist, lässt sich der Übergang am Kontrollpunkt Stanyzja Luhanska (an der Kontaktlinie zur »Volksrepublik Luhansk«) nur zu Fuß überqueren. Neben einer Maskenpflicht und der Temperaturmessung beim Übertritt müssen die Menschen anschließend eine zweiwöchige Quarantäne einhalten.
11.06.2020	689 / 29.070 / 854	Wegen zuletzt stark gestiegener Infektionszahlen warnt Premierminister Denys Schmyhal vor einer Verschärfung der Quarantänemaßnahmen. Sollten in mehr als Zehn Regionen die Infektionszahlen stark zunehmen, müsse die Regierung handeln, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern, so Schmyhal.
12.06.2020	683 / 29.753 / 870	Olena Selenska, die Frau von Präsident Wolodymyr Selenskyj, wird positiv auf Covid-19 getestet.
15.06.2020	656 / 31.810 / 901	Der internationale Flugverkehr aus der bzw. in die Ukraine wird wieder aufgenommen. Der erste internationale Flug seit Monaten startet in die belarussische Hauptstadt Minsk. Für Einreisende aus 50 Ländern, deren Staaten sich auf einer »Roten Liste« des Gesundheitsministeriums befinden, in denen es hohe Infektionszahlen gibt, gilt eine Selbstisolationspflicht für 14 Tage. Reisende aus anderen Staaten können ohne anschließende Selbstisolation einreisen, müssen jedoch nachweisen, dass ihre Krankenversicherung eine Covid-19-Behandlung abdeckt, falls sie sich infizieren. Die drei Checkpoints für die Einreise in die von Russland annektierte Halbinsel Krim öffnen wieder. Nach der Einreise von der Krim müssen sich die Personen in eine zweiwöchige häusliche Quarantäne begeben.
16.06.2020	666 / 32.476 / 912	Vier Tage, nachdem Covid-19 bei der Ehefrau des Präsidenten diagnostiziert wurde, wird Olena Selenska zur Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Gesundheitszustand sei jedoch nicht kritisch, so das Büro des Präsidenten. Nachdem das Infektionsgeschehen in der Region Iwano-Frankiwsk wieder an Dynamik gewonnen hat, werden die Quarantänemaßnahmen in der Region nach vorherigen Lockerungen wieder verschärft. Unter anderem Kultur- und Sporteinrichtungen müssen wieder schließen. Zuvor musste bereits die Region Schytomyr Lockerungen wieder zurücknehmen. Laut der Nachrichtenagentur Unian haben 85 Prozent der ukrainischen Restaurants wieder geöffnet. Die Umsätze liegen bei 70 Prozent der Umsätze vor Ausbruch der Coronavirus-Pandemie.
17.06.2020	758 / 33.234 / 943	Die Ukraine verlängert die »adaptiven Quarantänemaßnahmen« wegen der neuerlich steigenden Infektionszahlen bis zum 31. Juli. Adaptive Quarantäne bedeutet, dass Lockerungen oder Verschärfungen der Maßnahmen regional unterschiedlich unter Berücksichtigung der jeweiligen epidemiologischen Situation beschlossen werden.
19.06.2020	921 / 34.984 / 985	Mit 921 Neuinfektionen wird ein neuer Höchstwert von Neuansteckungen mit Covid-19 in der Ukraine erreicht. Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass die Regierung die Durchsetzung der Quarantänemaßnahmen besser überwachen und stärker Durchgreifen werde.
20.06.2020	841 / 35.825 / 994	Laut Angaben des Gesundheitsministeriums steigt die Auslastung der Krankenhäuser mit Coronavirus-Patienten in mehreren Regionen an: In der Region Transkarpatien seien die Krankenhäuser zu 57 Prozent ausgelastet, in Tscherniwzi zu 51, in Winnyzja zu 42 und in Kiew zu 39 Prozent. Laut den Bestimmungen der »Adaptiven Quarantäne« müssen Regionen, in denen die Auslastung bei mehr als 50 Prozent liegt, zusätzliche Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus ergreifen.
21.06.2020	735 / 36.560 / 1.002	Die Ukraine überschreitet die Marke von mehr als 1.000 offiziell gemeldeten Covid-19-Toten.

Datum	Neue Covid-19-Fälle / Gesamtzahl / Todesfälle*	Ereignis
22.06.2020	833 / 37.241 / 1.012	Ab heute werden alle Restaurants und öffentlichen Verkehrsmittel intensiv auf die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus überprüft. Im Gebiet Odesa umfassen die Inspektionen zusätzlich Märkte und Strandbäder. In den Gebieten Lemberg und Transkarpatien gibt es die meisten Covid-19-Fälle. Gesundheitsminister Maxym Stepanow teilt mit, dass Transkarpatien deshalb vermutlich neue Beschränkungen bevorstünden. Auch für das Gebiet Kiew könnten wieder strengere Quarantänemaßnahmen beschlossen werden, falls die Covid-19-Sterberate weiter steigt.

* Quelle: Johns Hopkins Universität.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

CHRONIK

8. – 22. Juni 2020

08.06.2020	Im niederländischen Den Haag wird der MH-17-Prozess nach einer planmäßigen Unterbrechung wieder fortgeführt. Wie schon zuvor erscheint keiner der vier »Separatisten« (drei russische und ein ukrainischer Staatsbürger), die verdächtigt werden, für den Abschuss des Passagierflugzeugs MH-17 über der Ostukraine im Sommer 2014 verantwortlich zu sein, vor Gericht.
09.06.2020	Von der EU erhält die Ukraine 500 Mio. US-Dollar Makrofinanzhilfen. Die Regierung rechnet damit, noch im Juni einen weiteren Kredit i.H.v. 1 Mrd. US-Dollar von der Weltbank zu erhalten.
10.06.2020	Die Ukraine erhält mit der ersten Tranche des Stand-By Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) rund 2,1 Mrd. US-Dollar ausgezahlt. In den nächsten 1,5 Jahren erhält die Ukraine weitere 2,9 Mrd. US-Dollar aus dem IWF-Kreditprogramm, das die ukrainische Wirtschaft stützen soll.
10.06.2020	Das investigative Reportageprogramm »Schemy« berichtet, dass der Fernsehsender 1+1, von dem angenommen wurde, dass er zu 100 Prozent dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj gehört, tatsächlich zu 25 Prozent Wiktor Medwedtschuk gehört.
11.06.2020	Der populäre Rocksänger Swjatoslaw Wakartschuk, der 2019 mit seiner neugegründeten Partei »Holos« ins Parlament einzog, gibt sein Mandat ab. Er habe seine Mission erfüllt, so der Sänger, da es ihm gelungen sei »frische Gesichter« in die Politik zu bringen. Nun wolle er sich wieder auf andere Aufgaben und die Musik fokussieren.
11.06.2020	Der Grenzschutz der Ukraine berichtet, dass die Ukrainer in den drei Jahren seit der EU-Visaliberalisierung am 11.06.2017 fast 50 Millionen mal in die EU gereist seien.
12.06.2020	Die Regierung gibt eine Verwaltungsreform bekannt, in deren Rahmen die Anzahl der Rajons – Verwaltungseinheiten vorwiegend in ländlichen Gebieten – von 490 auf 129 reduziert werden soll. Der Zuschnitt der Rajons erfolgte in den 1920er Jahren und gilt als nicht mehr zeitgemäß. Die Reform soll laut Premierminister Denys Schmyhal die ukrainische Verwaltung schlanker machen und modernisieren.
12.06.2020	Die Ukraine festigt ihre Beziehung zur NATO und erhält den Status als Enhanced Opportunities Partnership, wie u. a. auch Australien, Georgien oder Schweden. Damit ist die Ukraine von der vollständigen NATO-Mitgliedschaft zwar weiterhin weit entfernt, erhält aber z. B. in der Praxis Zugang zu exklusiven NATO-Informationen.

12.06.2020	Die Nationalbank der Ukraine senkt den Leitzins stärker als erwartet von 8 auf 6 Prozent. Das ist die vierte Senkung in diesem Jahr in Folge: Noch Ende Januar lag der Leitzins bei 13,5 Prozent. Von der Zinssenkung verspricht sich die Nationalbank Impulse für die Wirtschaft, die wegen der Folgen der Covid-19-Pandemie stark eingebrochen ist.
15.06.2020	Das Oberste Antikorruptionsgericht der Ukraine, das im September 2019 seine Arbeit aufnahm, spricht eine erste Haftstrafe aus. Ein Abgeordneter des Regionalparlaments der Region Kiew wird zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Im April 2019 wurde er auf frischer Tat ertappt, als er ein Bestechungsgeld von 5.000 US-Dollar zahlte.
16.06.2020	Eine Untersuchung der elektronischen Vermögensdeklarationen von Abgeordneten der Regierungsfraktion »Diener des Volkes« durch die unabhängige NGO »Wählerkomitee der Ukraine« ergibt, dass 153 von 247 Abgeordneten der Fraktion Hrywnja-Millionäre sind.
17.06.2020	Das US-Außenministerium genehmigt den Verkauf von 16 Mark VI Patrouillenbooten und anderer militärischer Ausrüstung im Wert von 600 Millionen US-Dollar an die Ukraine.
18.06.2020	Der Rat der EU verlängert die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim um ein weiteres Jahr.
18.06.2020	Das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft findet aufgrund der Coronavirus-Pandemie in diesem Jahr virtuell statt. Auf der Agenda stehen neben aktuellen Themen wie der Bekämpfung der Folgen der Coronavirus-Pandemie vor allem die langfristigen politischen Ziele der Östlichen Partnerschaft. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, dass die Ukraine sich langfristig in der EU sieht: »Die Östliche Partnerschaft sollte die Ambitionen ihrer Partner nicht einschränken. Die Ukraine strebt eine Vollmitgliedschaft in der EU an.«
18.06.2020	In Kiew versammeln sich Tausende Anhänger von Ex-Präsident Petro Poroschenko und protestieren gegen seine Vorladung bei der Generalstaatsanwaltschaft. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft Poroschenko Machtmissbrauch vor: Er soll 2018 Serhij Semotschko auf einen nichtexistierenden Posten im Auslandsnachrichtendienst befördert haben. Sowohl Poroschenkos Unterstützer als auch einige westliche Beobachter und Medien sehen die Vorwürfe als politisch motiviert an. Ursprünglich wurde Poroschenko wegen eines anderen Anliegens vorgeladen: Er soll 43 Gemälde geschmuggelt haben. Die Anhörung wird auf den 1. Juli verschoben.
19.06.2020	Die Bürgermeister von sechs ukrainischen Großstädten gründen im Vorfeld der Kommunalwahlen Ende Oktober die neue Partei »Proposyzija« (dt. Angebot). Darunter sind der Bürgermeister von Dnipro Borys Filatow, der Bürgermeister von Mykolajiw Olexandr Senkewytsch, der Bürgermeister von Tscherniwzi Olexij Kaspruk, der Bürgermeister von Schytomyr Serhij Suchomlyn, der Bürgermeister von Kropywnyzkyj Andrij Raitschenko und der Bürgermeister von Kachowka Andrij Djatschenko. Das Wahlprogramm soll demnächst auf einem Parteitag beschlossen werden.
19.06.2020	Die Werchowna Rada ernennt Roman Abramowskyj zum neuen Minister für Umweltschutz und natürliche Ressourcen, nachdem das Ministerium für Energie und Umwelt in zwei Ministerien aufgeteilt wurde. Abramowskyj war seit Oktober 2019 stellvertretender Minister für Energie und Umweltschutz und davor stellvertretender Minister für regionale Entwicklung, Bau und Kommunales.
19.06.2020	Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine fiel laut Staatlichem Statistikdienst im ersten Quartal 2020 um 1,3 Prozent.
19.06.2020	Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) wirft dem ehemaligen Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan vor, dem Staat einen Schaden von 1,2 Mio. US-Dollar zugefügt zu haben, indem er die Hafengebühren rechtswidrig gesenkt haben soll. Omeljan bestreitet die Vorwürfe und erklärt, rechtmäßig auf Geheiß des damaligen Premierministers Wolodymyr Hrojsman gehandelt zu haben.
19.06.2020	Wladislaw Manger, einer der Hauptverdächtigen im Fall der 2018 infolge eines Säureattentats ums Leben gekommenen Aktivistin Kateryna Handsjuk, wird ohne Möglichkeit auf Kaution verhaftet und muss bis zum 28. Juli in Untersuchungshaft. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft neue Hinweise erhalten, denen zufolge Manger zwei Augenzeugen eingeschüchert haben soll.

20.06.2020	Die EU beschließt, ihre 2014 verhängten sektoralen Sanktionen gegen Russland, die wegen der Krim-Annexion und der Destabilisierung im Donbas verhängt wurden, um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern.
------------	--

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

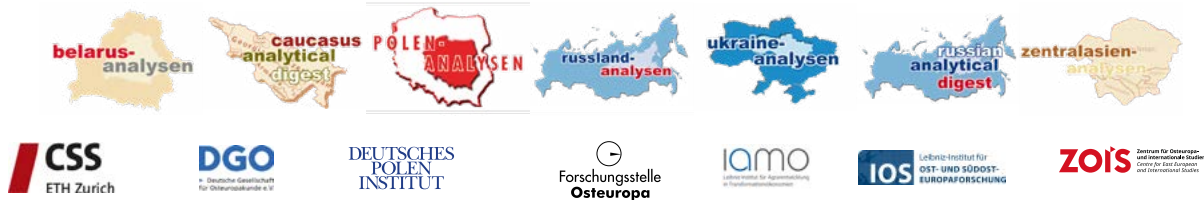
Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>